

An die
Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

nachrichtlich:

An die
stv. Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
und die Kreistagsabgeordneten,
die nicht dem Jugendhilfeausschuss angehören

An den Landrat und die Dezernenten

Einladung
zur **13. Sitzung**
des Jugendhilfeausschusses
(XVI. Wahlperiode)

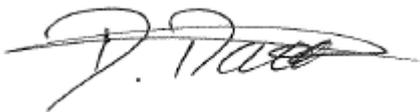
am Dienstag, dem 09.10.2018, um 17:00 Uhr
Ev. Jugend- und Familienhilfe gGmbH, Johannesforum
Sebastianusstr. 1, 41564 Kaarst

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der 13. Sitzung
 - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
 - 1.2. Genehmigung der letzten Niederschrift
2. Tageseinrichtung für Kinder / Tagespflege
 - 2.1. Entwicklung von Qualitätskriterien für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege im Rhein-Kreis Neuss
Vorlage: 51/2876/XVI/2018

- 2.2. Vertretung für Kindertagespflegepersonen im Krankheitsfall
Vorlage: 51/2877/XVI/2018
- 3. Jugend- und Familienhilfe
 - 3.1. Pädagogische Ambulanz
Vorlage: 51/2879/XVI/2018
 - 3.2. Jahresbericht 2017 der Gemeinsamen
Adoptionsvermittlungsstelle
Vorlage: 51/2880/XVI/2018
 - 3.3. Fachstelle Frühe Hilfen und Familienhebammen
Vorlage: 51/2881/XVI/2018
- 4. Jugendarbeit / Jugendschutz
 - 4.1. Ferienaktionen
Vorlage: 51/2875/XVI/2018
- 5. Mitteilungen der Verwaltung
- 6. Anfragen
- 7. Verschiedenes



Dirk Rosellen
Vorsitz

Sitzungsvorlage-Nr. 51/2876/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Jugendhilfeausschuss	09.10.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt 2.1:**Entwicklung von Qualitätskriterien für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege im Rhein-Kreis Neuss****Sachverhalt:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung vom 19.06.2017 die Verwaltung beauftragt, in Kooperation mit dem Gesundheitsamt und Fachleuten aus der Praxis sowie der Hochschule Niederrhein Fachbereich Sozialwesen in Mönchengladbach, Qualitätsstandards für die U3-Betreuung zu erarbeiten.

Um das Projekt umsetzen zu können, wurde eine Arbeitsgemeinschaft bestehend aus Mitarbeitern des Kreisjugendamtes, des Gesundheitsamtes, Leiterinnen von Kindertageseinrichtungen, einer Trägervertreterin und zwei Mitarbeitern der Hochschule Niederrhein Fachbereich Sozialwesen in Mönchengladbach gegründet.

Die inhaltlichen Arbeiten konnten bereits abgeschlossen werden und stellen sich kurz zusammengefasst wie folgt dar:

Nach einem kurzen Abriss der gesellschaftlichen, rechtlichen und fachwissenschaftlichen Grundlagen werden Themen, die den Alltag in der Kindertageseinrichtung nachhaltig bestimmen mit Hilfe eines Modulbaukastensystems mit Fachtext zu bestimmten Themen, Selbstreflexionsbogen mit thematischen Aussagen und Literaturempfehlungen sowie weitere relevante Anmerkungen bearbeitet.

Themen für die Modulbaukästen:

- Professionelle Haltung der Erzieherinnen
- Transitionsprozesse
- Bindung
- Gesundheit
- Sprache

- Partizipation
- Inklusion und Interkulturalität
- Dokumentation
- Raumangebot und –gestaltung
- Elternarbeit / Erziehungspartnerschaft
- Sozialraumöffnung

Die Fachtexte sollen theoretische Grundlagen vermitteln, der Reflexionsbogen soll dazu anregen, Themen für sich selbst und im Team kritisch zu betrachten, um darüber Veränderungsprozesse in der Kindertageseinrichtung in Gang zu setzen.

Dieses Prozesshandbuch soll nicht ausschließlich Handbuch mit theoretischen Grundlagen zur U3-Betreuung sein, sondern mittels der Modulbaukästen Veränderungsprozesse im Alltag der Kindertageseinrichtungen anregen und fördern.

Die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgemeinschaft werden insbesondere den Erzieherinnen und Erziehern aus den Kindertageseinrichtungen, der Verwaltung und der Politik am Dienstag, dem 13. November 2018 im Kreissitzungssaal in Grevenbroich in der Zeit von 14:00 bis 16:00 Uhr präsentiert.

Programm für die Präsentation:

- Begrüßungsrede Landrat Hans-Jürgen Petruschke
- Vorstellung der
„Qualitätskriterien zur U3-Betreuung“
- Fachliche Empfehlungen und Modulbaukästen -
durch Prof. Dr. Christina Jasmund Hochschule Niederrhein
- Podiumsdiskussion zur U3-Betreuung und zu den Qualitätskriterien

Der Kreisjugendhilfeausschuss wird hiermit zur Präsentation eingeladen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Sitzungsvorlage-Nr. 51/2877/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Jugendhilfeausschuss	09.10.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt 2.2:**Vertretung für Kindertagespflegepersonen im Krankheitsfall****Sachverhalt:**

Die Verwaltung hat in der Sitzung vom 01.03.2018 über die gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung eines Vertretungssystems für Kindertagespflegepersonen berichtet.

Die gesetzliche Verpflichtung für die Einführung eines Vertretungsmodells basiert auf § 23 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII, der regelt, dass für Ausfallzeiten einer Tagespflegeperson rechtzeitig eine andere Betreuungsmöglichkeit für das Kind sicherzustellen ist. Adressat dieser Verpflichtung ist gem. § 3 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII der Träger der öffentlichen Jugendhilfe; des Weiteren muss die Ersatzbetreuung dem Förderauftrag gem. § 22 Abs. 3 SGB VIII gerecht werden und durch geeignete Tagespflegepersonen gem. § 4 KiBiz oder in einer Einrichtung mit Betriebserlaubnis erfolgen.

Das Kreisjugendamt hat zwischenzeitlich ein Pilotprojekt gestartet um ein Vertretungssystem einzuführen.

Dazu wurde eine Kooperationsvereinbarung mit einer qualifizierten Kindertagespflegeperson zunächst für eine Jahr abgeschlossen.

In der Kooperationsvereinbarung sind folgende Punkte aufgeführt:

- Persönliche Voraussetzungen / Qualifizierung
- Aufgaben und Kooperationen
 - Kreisjugendamt
 - Kindertagespflegeperson
- Gewährung von Geldleistungen / Entlohnung
- Urlaubs- und Krankheitsregelung
- Datenschutz
- Aufsicht
- Laufzeit und Kündigung für die Kooperationsvereinbarung

Aufgaben der Vertretungstagesmutter:

Die Vertretungstagesmutter wird 15 Tagesmütter in der Stadt Korschenbroich im Krankheitsfall vertreten. Die betreffenden Tagesmütter haben sich bereit erklärt an diesem Projekt teilzunehmen. Die Vertretungstagesmutter wird diese Tagesmütter in regelmäßigen Abständen aufsuchen, um den Kontakt zur Tagesmutter zu pflegen und um mit den Kindern vertraut zu werden. Im Krankheitsfall kann es für die Kinder bei der Vertretungstagesmutter keine Eingewöhnungsphase geben, so dass die Eingewöhnung über die regelmäßigen Besuche bei der "Stammtagesmutter" erfolgen muss. Darüber hinaus ist der Kontakt zu den Eltern der Kinder notwendig, um auch auf dieser Ebene eine Vertrauensverhältnis herzustellen.

Im Vertretungsfall werden maximal 5 Kinder mit höchstens 35 Stunden pro Woche in der Wohnung der Vertretungstagesmutter betreut. Der Vertretungsfall ist dem Kreisjugendamt umgehend anzuzeigen.

Die Vertretungstagesmutter hat einen differenzierten Stundennachweis über die Hausbesuche bei den Tagesmüttern und über Vertretungszeiten zu führen. Die Finanzierung der Kindertagespflegeperson erfolgt pauschal über drei Kindpauschalen für eine Betreuungszeit von 35 Stunden pro Wochen und 5,00 € pro Stunde.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Sitzungsvorlage-Nr. 51/2879/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Jugendhilfeausschuss	09.10.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt 3.1:**Pädagogische Ambulanz****Sachverhalt:**

Die Pädagogische Ambulanz ist eine Einrichtung der Ev. Jugend- und Familienhilfe gGmbH in Kaarst zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen, die durch das Jugendamt in Obhut genommen worden sind.

Jugendämter sind nach § 42 SGB VIII berechtigt und verpflichtet, in Krisensituationen Kinder und Jugendliche zum Schutz vor Gefahren in ihre Obhut zu nehmen.

Im Bereich des Kreisjugendamtes war dieses 2017 bei 20 Kinder und Jugendlichen der Fall. In den meisten Fällen waren die Eltern auch ohne Einbeziehung des Familiengerichtes mit der Inobhutnahme einverstanden.

Für die Aufnahme und Unterbringung der betroffenen Kinder und Jugendliche bedarf es spezialisierter Einrichtungen. Kinderschutzstellen müssen in der Lage sein, 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr jederzeit Kinder oder Jugendliche aus den unterschiedlichsten Lebenssituationen heraus aufnehmen zu können. Gleichzeitig ist die Verweildauer oft nur kurz, und zwischen der Aufnahme in die Schutzstelle und der Rückkehr nach Hause oder in eine weiterführende Heimeinrichtung liegen in der Regel nur wenige Tage oder ein bis drei Wochen.

Die Pädagogische Ambulanz in Kaarst-Büttgen ist seit über 30 Jahren auf Grundlage vertraglicher Vereinbarungen die Kinderschutzstelle des Kreisjugendamtes. Zusätzlich übernimmt sie außerhalb der Dienstzeiten des Kreisjugendamtes den Bereitschaftsdienst.

Herr Wiecha, Geschäftsführer der Ev. Jugend- und Familienhilfe, wird im Kreisjugendhilfeausschuss über die Pädagogische Ambulanz berichten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zur Arbeit der Pädagogischen Ambulanz zur Kenntnis.

Sitzungsvorlage-Nr. 51/2880/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Jugendhilfeausschuss	09.10.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt 3.2:**Jahresbericht 2017 der Gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle****Sachverhalt:**

Auf der Grundlage des Adoptionsvermittlungsgesetzes (AdVermiG) ist seit dem 01.03.2003 die Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle für die Städte Grevenbroich, Kaarst, Korschenbroich und Meerbusch sowie für die Gemeinden Jüchen und Rommerskirchen beim Kreisjugendamt Neuss angesiedelt.

Die Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle ist Ansprechpartner in allen Fragen zum Thema Adoption. Eltern, die sich überlegen, ihr Kind abzugeben, können sich ebenso an die Adoptionsvermittlungsstelle wenden wie Adoptionsinteressierte, Adoptiveltern und Adoptierte.

Aufgabe ist insbesondere die Prüfung und Auswahl von Adoptiveltern sowie die Beratung und Unterstützung von abgebenden und aufnehmenden Eltern sowie der betroffenen Kinder während des gesamten Adoptionsverfahrens.

Der Beratungs- und Unterstützungsanspruch von Adoptierten besteht grundsätzlich lebenslang und umfasst insbesondere die Unterstützung bei der Herkunftssuche.

Für die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle des Rhein-Kreises Neuss stehen, unabhängig von den Fallzahlen, zwei Fachkräfte mit je 21 Wochenstunden zur Verfügung. Eine Anpassung der Wochenstunden ist gemäß §3 Abs. 2 Satz 1 AdVermiG nicht zulässig, zumal diesbezüglich bereits eine Ausnahmegenehmigung vorliegt. Im Jahr 2017 betragen die Personal- und Sachkosten 89.958,00 €.

Einmal jährlich erstellt das Kreisjugendamt Neuss einen Bericht, der über die Entwicklung und den Verlauf der Arbeit der Fachstelle informiert.

Der Jahresbericht 2017 ist in der Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt den Jahresbericht 2017 der Gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle zur Kenntnis.

Anlagen:

Jahresbericht 2017
Statistik 2017



Gemeinsame Adoptionsver-
mittlungsstelle

Jahresbericht 2017

Herausgeber

Rhein-Kreis Neuss
Der Landrat
Jugendamt
Am Kirmsichhof 2
41352 Korschenbroich

Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle
für die Städte Grevenbroich, Kaarst, Korschenbroich und Meerbusch sowie
für die Gemeinden Jüchen und Rommerskirchen

Renate Golz
02161/6104-5113
renate.golz@rhein-kreis-neuss.de

Dorothee Zohren
02161/6104-5112
dorothee.zohren@rhein-kreis-neuss.de

Jahresbericht 2017

Jahresbericht 2017 der Gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle des Rhein-Kreises Neuss für die Städte und Gemeinden Grevenbroich, Jüchen, Kaarst, Korschenbroich, Meerbusch und Rommerskirchen

Die Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle des Rhein-Kreises Neuss besteht seit dem 01.01.2003. Der zentrale Sitz befindet sich in den Räumen des Kreisjugendamtes, Am Kirmsichhof 2, 41352 Korschenbroich.

A. Adoptionsvermittlungsgesetz

Die Adoptionsvermittlung ist Pflichtaufgabe der Jugendämter. Für das Jahr 2003 wurden im Adoptionsvermittlungsgesetz zahlreiche Änderungen und Neuregelungen gefasst.

Die Adoptionsvermittlungsstellen sind nunmehr mit mindestens zwei Vollzeitfachkräften oder eine entsprechenden Zahl von Teilzeitkräften zu besetzen, die nicht überwiegend mit vermittlungsfremden Aufgaben befasst sind. Fachkräfte in der Adoptionsvermittlung sind Sozialpädagogen und Sozialarbeiter bzw. Personen mit vergleichbarer Qualifikation, die auf Grund ihrer Persönlichkeit und ihrer beruflichen Erfahrung für diese Arbeit geeignet sind. Die Mindestzahl der Fachkräfte soll einen Austausch untereinander ermöglichen, um auf diese Weise die Qualität der Vermittlungsarbeit zu sichern und zu verbessern.

Alle Aufgaben nach dem Adoptionsvermittlungsgesetz müssen nun von den Jugendämtern wahrgenommen werden. Dazu gehören u. a. die Eignungsprüfung von Adoptionsbewerbern, das Erstellen von Sozialberichten bei Auslandsadoptionen oder von allgemeinen Eignungsberichten für andere Vermittlungsstellen sowie die Nachsorge der Familie nach Aufnahme eines Adoptivkindes

B. Kommunale Gemeinschaftsaufgabe

Eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß dem Adoptionsvermittlungsgesetz und dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsaufgaben, die dem Delegationsprinzip folgt, liegt der hier eingerichteten gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle zugrunde. Den gesetzlichen Vorgaben folgend wurde die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle beim Kreisjugendamt Neuss eingerichtet.

C. Personelle Ausstattung

Zwei Mitarbeiterinnen sind mit jeweils 21 Wochenstunden für die Adoptionsvermittlungsstelle zuständig. Beide Fachkräfte verfügen über eine Zusatzausbildung im Be-

reich Systemischer Beratung/Therapie. Die weitere Wochenarbeitszeit der Mitarbeiterinnen ist zum einen dem Bereich Pflegekinderdienst und zum anderen den Bereichen Pflegekinderdienst und Eingliederungshilfe zugeordnet.

D. Kooperation mit anderen Institutionen

Der bereits in den letzten Jahren fallorientierte, kollegiale Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen insbesondere der Städten Grevenbroich, Kaarst, Meerbusch, Neuss, Dormagen, Mönchengladbach und Düsseldorf wurde auch in 2017 fortgesetzt.

Darüber hinaus erfolgt im Rahmen der Netzwerkarbeit eine Kooperation mit den umliegenden Krankenhäusern in Neuss, Grevenbroich und Mönchengladbach, mit Gesundheitsamt, Standesamt, Einwohnermeldeamt, Ausländeramt, Schwangerschaftsberatung, Kinderärzten, Vormündern, Familiengerichten, Rechtsanwälten, Justizvollzugsanstalten, Polizei sowie dem Landesjugendamt.

Gemäß § 36 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII ist zu prüfen, ob vor oder während einer langfristig außerhalb der Familie zu leistenden Hilfe nicht auch die Annahme als Kind in Betracht kommen kann. In § 37 SGB VIII Abs. 1 ist ausgeführt, dass, sofern es in einem angemessenen Zeitraum nicht gelingen sollte, die Herkunftsfamilie zu stabilisieren, neben einer möglichen Dauerunterbringung des Kindes in einer Pflegefamilie immer auch die rechtlich, sichere Lebensperspektive des Kindes im Hinblick auf eine Adoption zu prüfen ist.

Mit der Wahrnehmung des Pflegekinderdienstes für die Städte Kaarst und Meerbusch durch das Kreisjugendamt Neuss ergibt sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Adoptionsvermittlungsstelle und Pflegekinderdienst, da die Fachkräfte in einem gemeinsamen Team regelmäßig gemeinsam Fälle vorstellen und besprechen. Im Verlauf des Beratungskontextes kann sich ergeben, dass Adoptionsbewerber Pflegeeltern werden. Diese vernetzte Schnittstellenarbeit führt zu einer besseren Versorgung der Kinder mit passgenauen Hilfeangeboten. Im Kontext der Adoptionsbereitschaft dieser Pflegeeltern kann dies langfristig die Beendigung der Jugendhilfe bedeuten.

Der zentralen Adoptionsvermittlung Landesjugendamt Rheinland obliegt im Auslandsadoptionsverfahren die Aufsichtspflicht. Auch wird diese von hier aus unverzüglich über ein Verfahren mit Auslandsberührung informiert. Darüber hinaus steht die zentrale Adoptionsvermittlungsstelle in ihrer Beratungs- und Unterstützungsfunktion für spezifische Fachfragen zur Verfügung.

E. Weiterentwicklung und Modernisierung des Adoptionswesens

Das Adoptionsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde Mitte der 1970iger Jahre zuletzt grundlegend reformiert. Das Kindeswohl ist als oberste Richtschnur einer jeden Adoption gesetzlich verankert worden und das Kind soll in seiner neuen Familie die Möglichkeit zu einer stabilen und positiven Persönlichkeitsentwicklung erhalten,

wenn es aus den verschiedensten Gründen nicht in seiner Herkunftsfamilie aufwachsen kann.

In den zurückliegenden 40 Jahren haben sich die Veränderungen in der Gesellschaft und den Wertvorstellung auch auf den Adoptionsbereich ausgewirkt. Diese gehen einher mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der internationalen Adoptions- und Familienforschung. U.a. wurden die Bedürfnisse von Kindern, ein gutes Aufwachsen und die Förderung der kindlichen Entwicklung stärker das gesellschaftliche Bewusstsein aufgenommen.

Das Expertise- und Forschungszentrum Adoption (EFZA), das von der Bundesregierung gefördert wird und beim Deutschen Jugendinstitut angesiedelt ist, hat die Weiterentwicklung und Modernisierung des Adoptionswesens unter Einbeziehung von Wissenschaft und Praxis, Expertisen und Befragungen der Fachkräfte, Adoptionsbewerbern sowie Herkunfts- und Adoptiveltern untersucht. Im Mittelpunkt standen die Bedürfnisse der Kinder und wie man ihnen am besten gerecht wird.

In der Ende 2017 abgeschlossenen Studie wurden für den Reformprozess des Adoptionswesens 7 Kernpunkte herausgearbeitet:

1. Bessere Begleitung und Betreuung vor, während und nach der Adoption für alle Beteiligten
2. Offenheit von Adoptionen durch Kontaktvereinbarungen zwischen leiblichen Eltern und Adoptivfamilien fördern
3. Stiefkindadoptionen stärker am Kindeswohl ausrichten
4. Gleiche Chancen für gleichgeschlechtliche Paare bei der Adoption
5. Strukturen der Auslandsadoption stärken und transparent gestalten
6. Unbegleitete Adoptionen aus dem Ausland verhindern
7. Möglichkeit der Adoptionsoption von Kindern in Pflegeverhältnissen verstärkt prüfen

Die hiesige Vermittlungsstelle war aktiv an der umfassenden Befragung beteiligt und konnte eine leibliche Mutter, die 4 Kinder zur Adoption freigegeben hat, für die EFZA Studie gewinnen.

Weitere Informationen zu der Studie unter www.dji.de/efza

F. Bewerberverfahren: Inland/ Ausland

Im Jahre 2017 waren insgesamt **7 Ehepaare** im Bewerberverfahren. Nach dem Adoptionsvermittlungsgesetz § 7 Abs. 3 Satz 1 besteht ein Rechtsanspruch auf eine Eignungsprüfung nur, wenn die Vermittlung eines Kindes aus dem Ausland angestrebt wird. Von der hiesigen Adoptionsvermittlungsstelle werden auf Anfrage Bewerber überprüft, die eine Inlandsadoption wünschen. Bezüglich Inlandsadoptionen besteht eine enge Vernetzung mit den umliegenden Jugendämtern sowie den freien Trägern.

Zur Auslandsadoption bietet die zentrale Adoptionsvermittlungsstelle des LVR überregionale Informations- und Bewerberseminare an. Adoptiveltern aus dem Rhein-Kreis Neuss stellten darin ihre gewonnenen Erfahrungen in der Vermittlung eines Kindes aus dem Ausland im Bewerberseminar zur Verfügung.

Die Zusammenarbeit mit einer zugelassenen Auslandsvermittlungsstelle steht im Vordergrund, wenn sich ein Bewerberpaar zu einer Adoption aus dem Ausland entschließt. Die Kenntnis um die Bedeutung einer fremden Kultur sowie die spezifischen Besonderheiten eines jeden Landes werden in die vorbereitenden Überlegungen mit einbezogen und die Bewerber entsprechend sensibilisiert. Die Adoptionsvermittlungsstelle sieht es auch als ihre Aufgabe an, interessierte Adoptionsbewerber und Adoptiveltern zusammenzuführen, um einen gegenseitigen Austausch auf der spezifischen Elternebene zu ermöglichen.

G. Beratung

Bereits im Informationsgespräch findet ein fachlich fundiertes Erstgespräch zu den Anliegen, Wünschen, Bedürfnissen und Möglichkeiten der Beteiligten im Adoptionsprozess statt. Im weiteren Verfahren wird die Zielsetzung in den Kontext der pädagogischen, psychologischen und juristischen Adoptionsthemen eingebunden und bearbeitet.

1. Adoptionsbewerber

Die Gründe für die Aufnahme eines fremden Kindes sind bei Paaren oder Einzelpersonen unterschiedlich. Dieses wird im Eignungsprüfungsverfahren erarbeitet. Ungevolte Kinderlosigkeit ist für viele Paare eine Motivation, sich mit dem Gedanken „Adoption“ zu beschäftigen. Der Motivation von Paaren mit und/ oder ohne eigene Kinder kann sozial begründet sein.

Nach einem ersten Informationsgespräch und den für sich darin gewonnenen Erkenntnisse treffen Paare oder Einzelpersonen ihre Entscheidung zur Eignungsprüfung im Hinblick der Aufnahme eines fremden Kindes. Eine notwendige Voraussetzung für das Eignungsprüfungsverfahren ist die Bereitschaft und Aufgeschlossenheit der Adoptionsbewerber, um die elterliche Kompetenz mit der Fachkraft gemeinsam zu erarbeiten.

Im Eignungsprüfungsverfahren erhalten alle Bewerber unabhängig, ob alleinstehend, verheiratet oder in hetero- oder homosexueller Lebenspartnerschaft, Informationen und Beratung, die es ihnen ermöglicht einen jeweils individuellen Prozess zu durchlaufen. So bedarf es für eine Selbsteinschätzung und für einen eigenverantwortlichen, familiären Entscheidungsprozess der Bewerber einer Auseinandersetzung mit ihren Motiven zu den zentralen Adoptionsthemen. Hierzu zählen auch die persönlichen Lebensvorstellungen und -ziele, die eigene Lebenszufriedenheit, die partnerschaftliche Stabilität sowie ihre jeweiligen Werthaltungen und erziehungsleitenden Vorstellungen vor dem Hintergrund ihrer lebensgeschichtlichen Erfahrungen.

Diese Gesprächsergebnisse haben Einfluss auf die abschließende Einschätzung der Fachkraft. Dieses geschieht im Hinblick auf eine grundsätzliche Eignungsfeststellung sowie die spezielle Geeignetheit zur Aufnahme eines konkreten Kindes im Zusammenhang mit seiner Herkunftsfamilie (Passung). Im Verlauf der Zeit entsteht aus der

doppelten Elternschaft des Kindes in Verbindung mit der fachlichen Beratung eine offene, halboffene oder Inkognito-Adoption.

In diesem Zusammenhang kommt es vor, dass Adoptionsbewerber Pflegeeltern für ein Kind werden. Auch in langjährigen Pflegeverhältnissen kann die Frage nach einer möglichen Adoption auftreten. Eine differenzierte Klärung der angestrebten Adoption erfordert hier ein besonderes Augenmerk.

2. Gleichgeschlechtliche Paare

Nachdem im Jahr 2014 der Bundestag das Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Sukzessivadoption beschlossen hatte, folgte im Jahr 2017 das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen des gleichen Geschlechts. Hiermit wurde ihnen nicht nur die Möglichkeit zu heiraten, sondern auch ein gemeinsames Adoptionsrecht eingeräumt. Mit dieser Gesetzesänderung ist nun eine gemeinsame Adoption durch beide Lebenspartner gleichzeitig möglich.

Bei gleichgeschlechtlichen Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften liegt ein Schwerpunkt der Adoptionen auf Konstellationen, bei denen das durch eine Samenspende gezeugte Kind der Ehegattin/Lebenspartnerin durch die andere Ehegattin/Lebenspartnerin adoptiert werden soll. Besonderheit einer solchen Stiefkindadoption ist, dass die Elternschaft von beiden Lebenspartnerinnen gemeinsam gewünscht wurde.

Nach dem deutschen Personenstandsrecht ist es nicht möglich, die Lebenspartnerin bzw. Ehefrau der Mutter als Elternteil in die Geburtsurkunde des Kindes einzutragen. Die Adoption bietet hier die einzige Möglichkeit dieses zu erreichen. Für den Adoptionsausspruch haben die gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen wie für jede andere Adoption Gültigkeit.

Im Berichtszeitraum lag eine solche Konstellation bei zwei von acht Stiefkindadoptionen vor.

3. Abgebende Eltern

In Zusammenarbeit mit abgebenden Eltern ist es wichtig, Informationen und Kenntnisse aus der ersten Eltern-Kind-Phase zu gewinnen, die für den seelisch, geistig, körperlichen Entwicklungsprozess und der Identitätsfindung wesentlich sind. Von Bedeutung ist Tragfähigkeit der Entscheidung der abgebenden Eltern zur Freigabe ihres Kindes. Grundsätzlich können die abgebenden Eltern bei der Wahl der sozialen Eltern ihres Kindes mitbeteiligt werden und die Möglichkeit der gegenseitigen Achtung zwischen abgebenden und annehmenden Eltern geschaffen werden.

In Fachkreisen wird optional von einer gelingenden Adoption ausgegangen, wenn die Erlaubnis der Herkunftsfamilie zur Bindung ihres Kindes an seine neuen Eltern vorhanden ist. Dies ist auf der psycho-sozialen Ebene eine wesentliche Voraussetzung für ein entwicklungsförderliches Leben des Adoptivkindes. Die traumatische Erfah-

nung von den eigenen Eltern weggeben zu werden, führt im umgekehrten Fall nicht selten zu einer Jugendhilfemaßnahme in der Adoptivfamilie.

4. Adoptiveltern und adoptierten Kindern unter Berücksichtigung der geschwisterlichen Beziehung im Adoptionsgeschehen

Die Bedeutung der geschwisterlichen Beziehung im Kontext der Fremdunterbringung ist ein wichtiger Bestandteil im Leben eines Adoptivkindes. Dies wird durch die hiesige Fachstelle in den Aufgabenbereichen der Herkunftssuche und Nachsorge in der fachlichen Arbeit umgesetzt. Geschwister, die in unterschiedlichen Familien aufwachsen, haben eine emotional weniger belastete Bindungstrennung zueinander und bieten für das jeweilige Adoptivkind eine Entlastung im Bewältigungsprozess zur Trennung und zum Verlusterleben ihrer biologischen Herkunft. Dies ist bei der Identitätsentwicklung eines Adoptivkindes förderlich, da ein Teil der familiären Wurzeln im Alltag und Selbstbild erhalten bleibt.

Auch in der getrennten Vermittlung von Halbgeschwistern/Geschwistern durch verschiedene Vermittlungsstellen wird dieses Konzept von hier aus in Kooperation mit anderen Vermittlungsfachkräften umgesetzt.

5. Adoptierte Erwachsene

In der nachgehenden Adoptionsbegleitung werden die erwachsenen Adoptierten durch die Adoptionsvermittlungsstelle bei ihrer Suche nach leiblichen Familienangehörigen begleitet.

Die Anliegen der Betroffenen sind unterschiedlich und können die Übermittlung von Informationen über ihre Lebensgeschichte, Abstammung und Gründe, die zur Adoptionsfreigabe geführt haben, betreffen. Sie können aber auch konkrete Kontaktwünsche zu leiblichen Familienangehörigen zum Inhalt haben. Auch kommt es vor, dass in umgekehrter Richtung sich leibliche Angehörige melden und auf der Suche nach Informationen und/oder Kontakt zum Adoptierten sind. Hierbei sind die jeweiligen Hintergründe von Gesuchten und Suchenden vertraulich zu bearbeiten.

Die Suchanfragen gehen mit vielen Fragestellungen einher. Juristische Aspekte, welche Information im Einzelfall unter welchen Rahmenbedingungen dem Angehörigen bzw. Anfragenden übermittelt werden dürfen, sind ebenso im Blick zu haben wie soziale und psychologische Aspekte. Auch die Motivation der Angehörigen gilt es einzuschätzen sowie die Wirkungen, welche die übermittelten Informationen beim Suchenden ggf. auslösen können. Pragmatische Fragen gehören ebenfalls dazu, z. B. auf welche Art und Weise am besten der Kontakt zu dem Gesuchten aufgenommen werden sollte.

Im Berichtsjahr waren die Mitarbeiterinnen der Adoptionsvermittlungsstelle in drei Fällen in die Herkunftssuche Erwachsener involviert.

6. Nachsorge von Adoptionsfamilien

Adoptionsfamilien haben gemäß Adoptionsvermittlungsgesetz einen Rechtsanspruch gegenüber dem Jugendamt auf nachgehende Adoptionsbegleitung.

Die Entwicklung von Adoptivkindern ist seit vielen Jahren systematisch untersucht worden, um Fehlentwicklungen präventiv entgegenwirken zu können. Die Studienergebnisse ergeben ein erhöhtes Risiko für Verhaltensauffälligkeiten, soziale Fehlanpassung und Lernstörungen in der mittleren Kindheit und Pubertät für Adoptivkinder.

Die vielschichtigen Problemstellungen werden im Rahmen des Bewerberverfahrens und in der nachsorgenden Beratung der Adoptionsfamilien fachlich begleitet. Mit den Adoptiveltern werden angemessene und geeignete Wege und Methoden gesucht, die es dem Kind ermöglichen, mit seiner besonderen Lebenssituation vertraut zu werden. Zur Adoptionsbegleitung ist die Beratung und Unterstützung der leiblichen Eltern ein wesentlicher und effektiver Baustein im Gesamtkonzept. So können unter dem Aspekt der notwendigen Einbeziehung des Herkunftssystems die Großmutter und/oder die Geschwisterkinder des Adoptivkindes eine wichtige Bedeutung für seine weitere Entwicklung haben.

Die Gestaltung der Kontakte mit dem Herkunftssystem bedarf besonderer Regelungen und ist nach dem Bedarf des Kindes und seiner Vergangenheit orientiert. Hilfreich sind in diesem Zusammenhang Biografie- oder Genogrammarbeit sowie die Vermittlung an andere Beratungsstellen und Institutionen. Direkte Unterstützung und Anträge auf Hilfe zur Erziehung können und werden durch diese Familien beim Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes gestellt. Auch hier ist die Einbeziehung der Adoptionsvermittlungsstelle sinnvoll, da häufig adoptionsrelevante Themen eine große Rolle bei der Entstehung von Fehlentwicklung und der Bewältigung von Krisensituation ausschlaggebend sind und wird von der Adoptionsvermittlungsstelle grundsätzlich angestrebt.

Die tief verwurzelte Suche des Adoptivkindes nach seiner Lebensgeschichte ist ausschlaggebend für seine gesunde Entwicklung und in der Fachliteratur ausgiebig dokumentiert worden.

Die doppelte Elternschaft eines Adoptivkindes ist das Schicksal einer Adoptivfamilie. Erst im Alltag mit ihrem Adoptivkind kann ein anderes Verständnis, trotz intensiver Beratungsgespräche vor der Vermittlung eines Kindes, entwickelt werden. Grundsätzlich hängt das Schicksal einer Adoptivfamilie davon ab, ob Gefühle, Bedürfnisse und Verhaltensmuster des Kindes hinter den täglichen familiären Geschehnissen verstanden werden können. Wesentlich ist die Resilienz der Adoptivkinder und ihr Selbstwertgefühl zu stärken und langfristig eine positive Identitätsbildung zu unterstützen. Durch eine bessere und gezieltere Nachbetreuung sollen Fehlentwicklungen frühzeitiger erkannt und soweit möglich vermieden werden.

Darüber hinaus wird durch die Adoptionsvermittlungsstelle der Austausch von Adoptionseletern untereinander gefördert, indem persönliche Kontakte zwischen den Adoptionseletern vermittelt werden. Dies führte u.a zu einem engen Familienverbund von insgesamt 4 Adoptionsfamilien. In diesem Familiensystem haben 4 Halbge-

schwister intensiven regelmäßigen Kontakt miteinander. Sie sind sich ihrer besonderen Lebenssituation bewusst und stolz aufeinander.

Deutlich werden an der Entwicklung dieser Kinder und ihren Eltern das gestärkte Zusammengehörigkeitsgefühl und die positive Wirkung über das Erfahrungswissen der Kinder über ihre Lebensgeschichte. Dazu steht die Vermittlungsstelle im Austausch mit der leiblichen, mütterlichen Großmutter und kann darüber Fragen der Kinder in die Adoptionsfamilie geben.

In den Leitlinien des LVR ist die nachgehende Adoptionsbegleitung als Pflichtaufgabe deklariert.

Die Fachkräfte der Adoptionsvermittlungsstelle führten 2017 in 13 Fällen Nachsorgeverfahren durch, die teilweise sehr intensiv waren.

H. Auslandsadoption - Verfahren nach dem Adoptionswirkungsgesetz

Eine im Ausland oder nach ausländischem Recht durchgeführte Adoption eines Kindes kann unterschiedliche Auswirkungen haben. Unwesentlich ist hierbei, ob ein Staat sich vertraglich an das Haager Adoptionsübereinkommen gebunden hat oder nicht.

„Das Adoptionsrecht ist in den verschiedenen Staaten der Welt unterschiedlich ausgestaltet. Dies betrifft nicht nur die Voraussetzungen, unter denen ein Kind adoptiert werden kann, oder die Vorschriften darüber wie sich das Verfahren im Einzelnen gestaltet. Auch die Wirkungen, die eine Adoption entfaltet, können sehr unterschiedlich sein. Hierbei spielt es keine Rolle, ob ein Staat Vertragsstaat des Haager Übereinkommens ist oder nicht, denn das Übereinkommen macht insoweit keine Vorgaben, sondern lässt das materielle Adoptionsrecht der einzelnen Staaten unberührt. Lediglich eine in Deutschland anerkennungsfähige Adoption entfaltet in Deutschland ihre Wirkungen. Dabei können die rechtlichen Wirkungen der Adoption grundsätzlich nicht weiter gehen als es das Recht des Herkunftsstaates vorsieht.“ (Bundeszentralstelle für Auslandsadoption)

Viele Staaten kennen lediglich die Adoption mit schwacher Wirkung. Das bedeutet, dass die Rechte und Pflichten des Adoptivkindes zur Herkunftsfamilie nicht vollständig erlöschen.

Starke Unterschiede gibt es in den islamischen Staaten. Die dortige Rechtspraxis entspricht nicht den deutschen Rechtsvorschriften der Adoption und wird nicht als Adoption nach dem Adoptionswirkungsgesetz anerkannt.

Weiterhin erhält das Adoptivkind, wenn einer der Annehmenden Deutscher ist, nicht automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit.

Wenn eine Adoption im Ausland durchgeführt wurde, besteht die Möglichkeit, diese in Deutschland dahin gehend anzuerkennen, dass diese den deutschen Sachvorschrift entspricht. Im Umwandlungsverfahren, welches einen notariell begründeten

Annahmeantrag voraussetzt, geht es darum, dass das Kind mit der Umwandlung die volle Rechtsstellung eines nach deutschem Recht adoptierten Kindes erhält.

Zu den Voraussetzungen einer Umwandlung muss sich aus den vorliegenden Dokumenten eindeutig die Zustimmung der Kindeseltern in eine Volladoption im Bewusstsein der Reichweite ihrer Erklärung ableiten lassen. Die Voraussetzung über die Echtheit der inhaltlichen Richtigkeit der vorgelegten Unterlagen ergibt sich aus der Stellungnahme der Bundeszentrale für Auslandsadoption im gerichtlichen Verfahren.

Im Umwandlungsverfahren überprüft die örtliche Adoptionsvermittlungsstelle, ob die Adoption dem Wohl des Kindes dient und die Änderung des Vornamens dem Wohl des Kindes entspricht. Nach den deutschen Rechtsvorschriften erhält das Kind den Familiennamen der Adoptiveltern und erwirbt die deutsche Staatsangehörigkeit.

Im Berichtsjahr hat die Adoptionsvermittlungsstelle in zwei Fällen Kenntnis von Kindern erlangt, die ihren Wohnsitz im Rhein-Kreis Neuss hatten, an deren vermeintlich durchgeführter Adoption starke Zweifel bestanden. Zu klären war, ob tatsächlich eine Adoption in der Türkei oder dem Iran durchgeführt wurde und ob diese Adoptionen in Deutschland überhaupt anerkennungsfähig sind. Denn nur, wenn beide Voraussetzungen erfüllt sind, ergibt sich die Sorgeberechtigung für die jeweiligen Kinder. In diesen Fällen wurde jeweils seitens der Adoptionsvermittlungsstelle bei den zuständigen Jugendämtern angeregt, bei Gericht die Einrichtung einer Vormundschaft für das jeweilige Kind zu beantragen um somit das o. g. Anerkennungs- bzw. anschließende Umwandlungsverfahren zu betreiben.

I. Verwandten- und Stiefkinderadoptionen

Eine Adoption durch Verwandte bzw. durch ein Stiefelternteil ist zulässig, wenn dies dem Wohl des Kindes dient. Die Adoptionsvoraussetzungen sind nach den gleichen Kriterien wie bei einer Fremdadoption zu prüfen. In der Regel steht hinter dem Adoptionswunsch die Vorstellung, eine „normale Familie“ zu sein. Die Kinder sollen in der neu gegründeten Familie einen guten Start erhalten. Insbesondere nach der Geburt von gemeinsamen Kindern entsteht bei dem Stiefelternteil und dem leiblichen Elternteil der Wunsch nach der rechtlichen Gleichstellung von Geschwistern, so dass dieses häufig Anlass für eine Stiefkindadoption ist.

Die bis dahin in der sozialen Verantwortung gebundenen Stiefeltern ohne Sorgerecht wünschen sich, mit allen gesetzlichen Rechten und Pflichten für ihr Stiefkind ausgestattet zu sein.

Je nach Alter des Kindes ist es erforderlich, dass das Kind die geplante Adoption bewusst miterlebt und in Gesprächen über Veränderungen und Konsequenzen aufgeklärt wird.

Im Jahr 2017 wurden 8 beantragte Stiefelternadoptionen/Verwandtenadoptionen begleitet.

J. Beteiligung des Jugendamtes bei Erwachsenenadoptionen

Die Adoptionsvermittlungsstelle ist immer dann an einer Adoption von Volljährigen beteiligt, wenn minderjährige Kinder der Anzunehmenden mit betroffen sind. In diesen Fällen fordert das Familiengericht eine Stellungnahme bezüglich der minderjährigen Kinder. Seitens der Adoptionsvermittlungsstelle wurden im vergangenen Jahr 4 Stellungnahmen gefertigt.

K. Leihmutterschaft/ Ersatzmutterschaft

In Deutschland ist die Leihmutterschaft/Ersatzmutterschaft verboten. Über die Entwicklung der Leihmutterschaft in anderen Ländern gibt es starke Bedenken in fachlichen Kreisen. Die Missbilligung der Ersatzmutterschaft nach deutschem Recht begründet sich durch den Widerspruch der Werteordnung des Grundgesetzes. Kritisiert wird, dass die Ersatzmutterschaft ein Kind zum Objekt eines Rechtsgeschäfts mache. Es wiege besonders schwer, dass durch kommerzielle Formen der Ersatzmutterschaft Mutterschaft als kaufbar und Kinder als ein Gut zur Verteilung angesehen würde. Dies stellt einen Verstoß gegen das Recht auf Menschenwürde bei der Leihmutter und dem Kind dar.

Beeinträchtigte Kinder wurden in der Vergangenheit weder von den Bestelletern noch von der Leihmutter angenommen. Bei Leihmutterschaften wird vertraglich das Recht der Frau am eigenen Körper für die Zeit der Schwangerschaft und Geburt aufgehoben. Die natürliche Bindung eines Embryos im Mutterleib wird außer Acht gelassen. Die Elterneignung der Bestelletern wird nicht überprüft und somit keine Feststellung über das Kindeswohl für sein Aufwachsen bei Bestelletern geprüft. Das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung, die aus 8 Elternteilen bestehen kann, wird verletzt.

Nach dem deutschen Rechtssystem ist die Frau, die das Kind geboren hat, die Mutter (§ 1591 BGB). Vater des Kindes ist der Mann, der zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter verheiratet ist (§ 1592 BGB). Daraus ergibt sich, dass selbst bei genetischer Verwandtschaft zum Kind die Bestelletern durch die Leihmutterschaft nicht die rechtlichen Eltern sind.

Bei einer Leihmutterschaft können die Bestelletern in einer gerichtlichen Entscheidung am Wohnort der Ersatzmutter als Eltern des Kindes festgestellt werden. Diese ausländische Entscheidung ist in Deutschland rechtlich umstritten, da ein Verstoß gegen den deutschen *ordre public* vorliegen kann. In diesen Fällen kann die rechtliche Abstammung nur durch Adoption erworben werden (OLG Stuttgart 8W46/12).

Im Berichtszeitraum 2017 wurde die Adoptionsvermittlungsstelle in 2 Fällen durch das zuständige deutsche Gericht beteiligt.

L. Neuentwicklungen

Die Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter zur Adoption wurden im Jahr 2014 grundlegend überarbeitet und den veränderten recht-

lichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Die Neuentwicklungen im Bereich der Sukzessivadoption für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerinnen und Lebenspartner wurden darin aufgenommen. Ebenso berücksichtigt wurden die Rechte der leiblichen Väter sowie das Thema der Leihmutterschaft und die vertraulichen Geburt.

M. Fortbildungen und Arbeitskreise

Die Fachkräfte nehmen regelmäßig an dem Arbeitskreis „Adoption“ des Landesjugendamtes teil. Darüber hinaus wurden folgende Fortbildungen/ Fachtage besucht:

- Fachtage des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Fortbildung des Landesjugendamtes zum Thema: „Vor uns das (Vor-) Leben- Einfluss der Bewerberbiographie auf die Eignung als Adoptiveltern“
- Fachtage des Landesjugendamtes „Adoption vom Kind aus gedacht“
- Fachtage des Landesjugendamtes „Ausnahmestand Pubertäts- Ablösungsprozess des Adoptivkindes“
- Fachtagung des Evangelischen Vereines für Adoption und Pflegekinderhilfe e.V. „Geschwister in Adoptiv- und Pflegefamilien – eine oft übersehene Dynamik“

Rhein-Kreis Neuss

Adoptionsvermittlungsstelle

Jahresstatistik 2017

Stadt	Eignungs- prüfung	Informations- gespräche	Adoptions- verfahren	Stiefeltern-/ Verwandten- adoption	Herkunfts- aufklärung	Nachsorge	Umwandlung § 3 AdWirkG	Erwachsenen - adoption
Grevenbroich	3	8	2	2	2	6	0	0
Meerbusch	0	6	4	3	4	4	3	3
Kaarst	1	8	1	0	1	1	0	0
Kreis Neuss	3	11	1	3		2	0	1
gesamt	7	33	8	8	7	13	4	4

Sitzungsvorlage-Nr. 51/2881/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Jugendhilfeausschuss	09.10.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt 3.3:**Fachstelle Frühe Hilfen und Familienhebammen****Sachverhalt:**

Im Jahr 2010 haben die Jugendämter Kaarst, Grevenbroich sowie das Kreisjugendamt zusammen mit der Ev. Jugend- und Familienhilfe gGmbH die Fachstelle Frühe Hilfen gegründet.

Die Fachstelle hat die Aufgabe, frühzeitig angehende Eltern und Familien mit Kleinkindern bis zum Alter von drei Jahren einen niederschweligen Zugang für Beratung und Unterstützung anbieten zu können. Erreicht wird dieses insbesondere über eine Vernetzung mit dem Gesundheitswesen.

In die Fachstelle integriert sind die Familienhebammen bzw. Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen. Diese werden eingesetzt, um bei Familien mit erhöhtem Unterstützungsbedarf die Kompetenzen zur Versorgung von Säuglingen und Kleinkindern durch psychosoziale Beratung und konkrete Anleitung zu fördern.

Die Arbeit der Fachstelle Frühe Hilfen ist ein bewährter und wichtiger Baustein im Netzwerk der Frühen Hilfen, deren rechtliche Verankerung sich in dem im Jahr 2012 im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes eingeführten Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) findet.

Die jährlichen Aufwenden für die Fachstelle Frühe Hilfen betragen für das Kreisjugendamt 10.855 Euro.

Die anteiligen Kosten des Kreisjugendamt für die Familienhebammen bzw. Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen werden aus den Bundesmitteln gedeckt, die nunmehr von der zu diesem Zweck gegründeten Bundesstiftung Frühe Hilfen über die Länder an die Kommunen weitergeleitet werden. Das Kreisjugendamt erhält aus diesen Fördermitteln jährlich 12.500 Euro. Zusätzliche Kosten entstehen nicht.

In der Ausschusssitzung wird die Fachstelle Frühe Hilfen über ihre Arbeit berichten.

Der Kreisjugendhilfeausschuss hat zuletzt in seiner Sitzung am 29.10.2015 die Weiterführung der Fachstelle und dem Einsatz der Familienhebammen für einen Zeitraum von drei Jahren beschlossen.

Beschlussempfehlung:

Der Kreisjugendhilfeausschuss stimmt der Weiterführung der Fachstelle Frühe Hilfen sowie dem Einsatz der Familienhebammen, entsprechend der zur Verfügung stehenden Bundesmittel, für den Einsatz in den Jugendamtsbezirken Grevenbroich und Kaarst sowie Korschenbroich, Jüchen und Rommerskirchen für die Dauer von drei Jahren zu.

Sitzungsvorlage-Nr. 51/2875/XVI/2018

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Jugendhilfeausschuss	09.10.2018	öffentlich

Tagesordnungspunkt 4.1:**Ferienaktionen****Sachverhalt:**

In diesem Jahr führte das Kreisjugendamt wieder zahlreiche Ferienaktionen durch. In Anlehnung an die erfolgreiche Aktion „Starke Kids“ wurde dieses Jahr das Thema „Starke Kids im Einklang“ aufgegriffen. In Kooperation mit Schule, Jugendeinrichtungen und Fachreferenten wurde die Maßnahme in Rommerskirchen und Korschenbroich-Herrenshoff mit je über 100 Teilnehmern erfolgreich durchgeführt.

In den Herbstferien wird diese Aktion in Jüchen-Stessen stattfinden.

Außerdem wurde zum zweiten Mal ein Bauspielplatz in Jüchen-Hochneukirch in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Jüchen, der Jugendeinrichtung B@mm/Hoch3, der Evangelischen Kirchengemeinde Jüchen und der Varius Wohnstätte veranstaltet. Über eine Woche bauten über 130 Kinder im Schmölder-Park eine Budenstadt.

In der ersten Woche der Sommerferien fand in Kleinenbroich eine Ferienaktion in Zusammenarbeit mit dem Kath. Jugendzentrum „Basement“ und der Hauptschule Korschenbroich mit ca. 50 Teilnehmern statt. Unter dem Motto „Art Attack“ trafen sich die Jugendlichen in der Schule.

In den Pfingstferien fand vom 22.05. bis 26.05.2018 im Katholischen Jugendheim St. Andreas in Korschenbroich ein Ferienangebot für deutsche sowie junge geflüchtete Jugendliche in der Jugendeinrichtung statt. Bei diesem Angebot stand die Integration, Sprachförderung im Vordergrund und wurde vom Landesjugendamt als Projekt gefördert. In Kooperation mit dem Jugendheim St. Andreas und dem Altenwohnheim der Caritas gestalteten die Kinder gemeinsam eine Wand mit Graffiti und bauten Palettenmöbel.

Des Weiteren erfolgte im August eine internationale Jugendbegegnung mit dem Partnerkreis Mikolow / Polen im Rhein-Kreis Neuss, die ebenfalls vom Kreisjugendamt durchgeführt wurde. Im nächsten Jahr sind die deutschen Jugendlichen wieder Gäste im Kreis Mikolow.

In Form eines Powerpoint Vortrages wird das Kreisjugendamt in der Sitzung die bereits durchgeführten Ferienmaßnahmen kurz erläutern.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.